

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass drei von vier Anfragen schriftlich beantwortet wurden und übergab das Wort an Herr Gleß.

Herr Gleß merkte an, dass die Anfrage der GRÜNEN bezüglich der Zusammenarbeit ALT und Bundeswehr vom 22.01.2018 noch nicht beantwortet sei. Er verwies auf eine kurze Mail, man sei aufgrund der Kürze der Zeit nicht in der Lage gewesen, die erforderlichen Daten zusammenzustellen und die Antwort deshalb nachgereicht werde.

Herr Metz fand es sehr amüsant, dass die GRÜNEN heuet per Mail eine Antwort direkt von ALT bekommen hätten. Diese würde an die Verwaltung weitergeleitet.

Herr Metz hatte eine Nachfrage zum Thema Regionalplanung, die Anfrage sei zwar schriftlich beantwortet worden aber man wolle wissen, ob die Verwaltung die Fraktionen über den weiteren Fortgang der Gespräche mit der Bezirksregierung zur Neuaufstellung des Regionalplans weiter unaufgefordert auf dem Laufenden halten wird.

Herr Gleß sagte dies zu.

Herr Züll von der FDP-Fraktion fragte an, ob er davon ausgehen könne, das bei der Beantwortung der Frage "Wieviel verwaltungsgerichtliche Streitverfahren mit insgesamt knapp 50 Wohneinheiten die blockiert sind, vorliegen," wir alle an einem Strang ziehen um zu schauen das wir da, auch bei größeren Bauvorhaben möglich Konsens erreichen.

Herr Gleß stellte fest, dass das Einvernehmen die ganze Runde betrifft, die Verwaltung würde zusehen, dass die erteilten Baugenehmigungen erstens rechtssicher sind und zweitens das wir auch die Konsistenz dieser Baugenehmigung vor Gericht durchfechten würden.

Der Ausschussvorsitzende konnte keine Ablehnung im Ausschuss erkennen und wechselte zum nächsten TOP.